

Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

30. September 2013

Pakistan

Weitere Anschläge in Peschawar

Am 27.09.13 waren bei einem Anschlag auf einen Bus mit Regierungsmitarbeitern 18 Menschen ums Leben gekommen. Bei einem weiteren schweren Anschlag auf einem Markt in der nordpakistanischen Stadt Peschawar (Khyber Pakhtunkwha) wurden am 29.09.13 mindestens 37 Menschen (andere Quelle 31) getötet, zahlreiche wurden verletzt. Bereits am 22.09.13 starben bei einem Anschlag auf eine christliche Kirche in Peschawar 82 Menschen (s. BN v. 23.09.13). Zu dem Anschlag bekannte sich eine Gruppe der pakistanischen Taliban.

Schweres Erdbeben im Südwesten

In der Provinz Balutschistan kam es am 24.09.13 zu einem schweren Erdbeben. Im am stärksten betroffenen Distrikt Awaran rief die Provinzregierung den Notstand aus. Allein dort kamen mehr als 200 Menschen ums Leben. Balutschistan ist die größte, aber am dünnsten besiedelte der vier Provinzen Pakistans.

Irak

Wahlergebnisse der Parlamentswahl in der KRG-Region

Nach einer Pressemeldung vom 29.09.13 ist die Kurdische Demokratische Partei (KDP) als stärkste Kraft aus der Wahl hervorgegangen. Offiziellen Angaben zufolge kommt die Kurdische Demokratische Partei (KDP) auf 38 Sitze, die Gorran-Partei auf 24 und die Patriotische Union Kurdistans (PUK) auf 17 Sitze im Parlament.

Sicherheitsrelevante Vorfälle

Am 25.09.13 kamen landesweit mindestens 33 Menschen bei Anschlägen ums Leben.

Am 26.09.13 wurden bei Anschlägen auf Märkte in Bagdad 22 Menschen getötet und 46 verletzt.

In Erbil (KRG-Region) explodierten am 29.09.13 kurz nach Bekanntgabe der offiziellen Ergebnisse der Parlamentswahl der Region mehrere Autobomben vor Gebäuden der Sicherheitsbehörden. Dabei kamen mindestens sechs Menschen ums Leben, mindestens 40 wurden verletzt.

Ebenfalls am 29.09.13 starben bei einem Selbstmordanschlag in einer schiitischen Moschee in Mussayab (Provinz Babil) mindestens 24 Menschen (nach anderen Angaben 43), 27 wurden verletzt.

Am 30.09.13 explodierten in Bagdad innerhalb kurzer Zeit neun Bomben an verschiedenen Orten.

Lt. Pressemeldung sollen nach Zählung der Nachrichtenagentur AFP seit Anfang September rund 800 Menschen ums Leben gekommen sein. Nach der Zählung von Iraq Body Count gab es im September (Stand: 29.09.13) bisher 1.151 zivile Todesopfer.

Neue Binnenvertreibungen

Laut UNHCR haben seit Anfang 2013 Bombenanschläge und konfessionelle Gewalt zur Vertreibung von rund 5.000 Irakern geführt. Die meisten von ihnen sollen aus Bagdad in die Provinzen Anbar und Salahaddin geflüchtet sein. Zu Vertreibungen kam es auch innerhalb der Provinzen Diyala und Ninive. Berichten zufolge hätten seit Mitte September bis zu 160 Familien Basra und Thi Qar verlassen und befänden sich nun in den Provinzen Salahaddin und Anbar. 57 Familien seien aus Bagdad in die Provinz Babil geflüchtet. Eine

geringere Zahl von Familien hätte verschiedene Provinzen verlassen und befände sich nun in den Provinzen Karbala, Najaf und Wassit. Es handele sich dabei sowohl um sunnitische Araber, Kurden, schiitische Shabak, Turkmenen als auch um schiitische Araber.

Syrien

Resolution zur Vernichtung von Chemiewaffen im UN-Sicherheitsrat verabschiedet

Am 26.09.13 einigten sich die USA und Russland auf einen Resolutionsentwurf zu Syrien. Der UN-Sicherheitsrat verabschiedete diesen in der Nacht vom 27.09. auf den 28.09.13 einstimmig. Die Resolution 2118 verurteilt den Einsatz von Giftgas in Syrien als Bedrohung für den internationalen Frieden und soll die Vernichtung der Chemiewaffen umsetzen. Sollte Syrien seine Verpflichtungen nicht einhalten, gibt es Sanktionsmöglichkeiten nach Kapitel VII der UN-Charta, wobei für Strafmaßnahmen in Form von Militärschlägen eine weitere Resolution erforderlich wäre. Der syrische Präsident Assad akzeptierte den Beschluss der UN. Die Organisation zum Verbot von Chemiewaffen (OPCW) will am 30.09.13 zwanzig ihrer Inspektoren nach Syrien schicken, um die Zerstörung des auf 1.000 Tonnen geschätzten Chemiewaffenarsenals vorzubereiten.

Zweite internationale Syrien-Konferenz geplant

Die Vereinten Nationen planen nach Angaben des UN-Generalsekretärs Ban Ki-Moon für Mitte November 2013 eine zweite internationale Syrien-Konferenz „Genf 2“. Der syrische Präsident Assad zeigte sich wie auch die wichtigste syrische Oppositionsplattform, die Nationale Koalition, grundsätzlich zur Teilnahme bereit. Die Oppositionskoalition beharrt auf einem Rückzug von Bashar al-Assad.

Bombenanschlag in der Nähe von Damaskus

In der syrischen Rebellenhochburg Rankus, in der Nähe von Damaskus, kamen am 27.09.13 bei einem Autobombenanschlag vor einer Moschee mindestens 37 Menschen ums Leben.

Syrien/Russische Föderation

Kämpfer aus der Nordkaukasus-Region aktiv

In Syrien kämpfen einem Zeitungsbericht zufolge mehr als 1.000 Söldner aus der Nordkaukasus-Region, insbesondere aus Tschetschenien. Die Kämpfer aus dieser Krisenregion bildeten eine selbständige Truppe, die auf der Seite der Islamisten gegen die Regierungsarmee von Bashar al-Assad operiert. Die Truppe „Al-Muhadschirin“ (arabisch für „Emigranten“) habe im nordsyrischen Aleppo ein Trainingslager und werde vom tschetschenischen Kommandeur Abu Abdurachman befehligt, berichtete die Zeitung Al-Quds Al-Arabi. Die meisten der mehr als 1.000 Mitglieder sollen bereits in den Tschetschenien-Kriegen Kampferfahrung gesammelt haben. Der russische Inlandsgeheimdienst FSB teilte am 20.09.13 mit, dass in Syrien bis zu 400 Söldner aus Russland kämpfen.

Iran

Vor Rohani-Rede bei UN-Vollversammlung 80 politische Häftlinge freigelassen

Die iranischen Justizbehörden haben in den vergangenen Tagen 80 weitere politische Gefangene begnadigt und freigelassen. Das sagte Generalstaatsanwalt Gholam-Hussein Mohseni-Eje'i am 23.09.13 laut ISNA-Nachrichtenagentur – einen Tag vor der Rede des neuen Präsidenten Hassan Rohani vor der UN-Vollversammlung. In der vergangenen Woche waren bereits 16 politische Häftlinge aus dem Teheraner Evin-Gefängnis freigelassen worden, darunter die prominente iranische Anwältin und Menschenrechtsaktivistin Nasrin Sotoudeh. Es sind weiterhin noch mindestens 100 politische Gefangene in Haft. Die meisten Freigelassenen seien in Verbindung mit den Protesten von 2009 inhaftiert gewesen, sagte der Generalstaatsanwalt. Damals hatte es Wahlfälschungsvorwürfe und massive Proteste gegen die Wiederwahl von Mahmoud Ahmadinejad gegeben. Die Entlassungen wurden in Iran als großer innenpolitischer Erfolg für den als gemäßigt geltenden Hassan Rohani gewertet und könnten ein weiteres Signal für eine Kursänderung der

Führung unter Rohani sein. Dieser hatte sich bereits im Wahlkampf für die Freilassung aller politischen Gefangenen und für Meinungsfreiheit eingesetzt.

Libanon

Auseinandersetzung zwischen Hizbollah und Sunniten

Am 28.09.13 wurden in der Stadt Baalbek bei Auseinandersetzungen zwischen der Hizbollah und Angehörigen eines Sunniten-Clans mindestens vier Personen getötet, als die Sunniten bei einer Straßensperre der Hizbollah ihre Papiere nicht zeigen wollten. Im syrischen Bürgerkrieg unterstützt die Hizbollah die Regierung Assad. Von den Sunniten-Clans sympathisieren viele mit den syrischen Rebellen.

Türkei

Polizisten wegen Todes eines Demonstranten vor Gericht

Nach einem Bericht der türkischen Nachrichtenagentur Dogan vom 24.09.13 hat ein Gericht in Eskişehir die Anklage gegen vier Polizisten sowie gegen vier weitere Beschuldigte wegen vorsätzlicher Tötung eines Demonstranten zugelassen. Ihnen droht lebenslange Haft. Der Termin für den Verhandlungsbeginn wird laut Dogan innerhalb eines Monats festgelegt. Der 19-jährige Demonstrant war bei den Protesten gegen die türkische Regierung Anfang Juni zusammengeschlagen worden und erlag am 10.07.13 seinen Verletzungen. Im Verlauf der Proteste gegen ein Bauprojekt im Istanbuler Gezi-Park waren sechs Menschen getötet worden. Ein weiterer Demonstrant starb bei neuen Unruhen vor zwei Wochen (s. BN 16.09.13).

Russische Föderation

Anschläge im Nordkaukasus

In Machatschkala, Hauptstadt der Teilrepublik Dagestan, ist am 25.09.13 ein Richter des Obersten Gerichts bei einem Anschlag auf sein Auto getötet worden. Im Landkreis Tabasaransky (ebenfalls Dagestan) wurde am 23.09.13 ein Fahrzeug mit einer Bombe vor einem Polizeigebäude in die Luft gesprengt. Zwei Beamte wurden getötet und etwa 20 Menschen verletzt. Bereits am 16.09.13 waren im tschetschenischen Landkreis Sunschenskoje in der Nähe der Stadt Sernowodsk unter ähnlichen Umständen drei Polizisten bei einem Autobombenanschlag ums Leben gekommen. Weitere vier erlitten Verletzungen. Der Täter hatte mit dem Wagen das Tor einer Polizeiwache gerammt und versucht, zum Wohntrakt durchzudringen. Als eine Barriere den Mann aufhielt, sprengte er sich in die Luft. Ebenfalls am 16.09.13 wurde in Inguschetien ein Mann mit einem sog. Schachidengürtel gefasst, der offenbar ein Selbstmordattentat plante. Im Vorfeld der Olympischen Spiele im Februar 2014 in Sotschi befürchteten die Sicherheitsbehörden weitere Anschläge. Deshalb sind auch die Sicherheitsvorkehrungen und Kontrollen massiv verstärkt worden.

Serbien/Kosovo

Wachsende Spannungen in Nordkosovo/EU-Polizist in Kosovo erschossen

Bei einem Anschlag auf zwei Fahrzeuge der EU-Rechtsstaatsmission (EULEX) in Nordkosovo ist am 19.09.13 ein EU-Zollbeamter aus Litauen ums Leben gekommen, zwei Kollegen wurden verletzt.

Tags darauf kam es zu einem Bombenanschlag, bei dem niemand verletzt wurde. Es wird vermutet, dass es sich bei den Tätern um serbische Extremisten handelt, die verhindern wollen, dass die Serben an der Kommunalwahl am 03.11.13 teilnehmen. Eine Woche zuvor hatte die Regierung in Belgrad mehrere serbische Gemeinderäte im Norden Kosovos aufgelöst, weil sich einzelne Mitglieder für einen Boykott der im November anstehenden Kommunalwahlen eingesetzt hatten.

Hintergrund

Nordkosovo ist mehrheitlich von Serben bewohnt, die eine Integration in den kosovarischen Staat ablehnen. Unter dem Druck der EU hatten sich im April 2013 Serbien und Kosovo auf eine Normalisierung der Beziehungen geeinigt (vgl. BN v. 22.04; 21.05., 19.08.13). Kernpunkt des Abkommens sind die Lokalwahlen im

November 2013. Führende Kosovo-Serben haben zum Boykott der Wahl aufgerufen, weil diese einer Anerkennung Kosovos gleichkomme. Die Teilnahme der Kosovo-Serben an den Wahlen gilt als die wichtigste Verpflichtung Serbiens aus dem Abkommen, deren Erfüllung Voraussetzung für den Beginn von EU-Beitrittsgesprächen im Januar 2013 ist.

Albanien

Neue Regierung im Amt

Die neue sozialistische Regierung Albaniens unter Ministerpräsident Edi Rama ist am 15.09.13 durch das Parlament bestätigt worden. Ramas Linkskoalition hatte die Wahlen im Juni nach acht Jahren Opposition klar gewonnen (vgl. BN v. 24.06.13) und die konservative Demokratische Partei Albaniens (PD) von Ex-Ministerpräsident Sali Berisha abgelöst. Rama tritt für die Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit ein und strebt eine Annäherung an die EU an.

Am 17.09.13 erklärte EU-Kommissionspräsident Barroso, dass Albanien noch 2013 EU-Beitrittskandidat werden könne. Albanien habe gute Fortschritte bei der Erfüllung der politischen Beitrittskriterien erzielt und eine Reihe von Reformen durchgeführt. Nach wie vor reformbedürftig seien die Bereiche Justiz und Verwaltung, Korruptionsbekämpfung, Stärkung der Menschenrechte und Antidiskriminierungspolitik.

Westbalkan

EU-Parlament beschließt Schutzklausel gegen Visa-Missbrauch

Das EU-Parlament hat am 12.09.13 einer Aussetzungsklausel in der EU-Visum-Verordnung zugestimmt, wonach unter engen Voraussetzungen die Visabefreiung von Drittstaaten für die EU ausgesetzt werden kann (substantieller und plötzlicher Anstieg von Asylantragstellern über einen Zeitraum von sechs Monaten, unbegründete Asylanträge oder die verweigerte Rückübernahme durch den Verursacherstaat im Rahmen des geltenden Rückübernahmeabkommens). Wenn die EU-Kommission eine Aussetzung für nötig hält, erfolgt eine solche für sechs Monate durch einen Rechtsakt, über den das EU-Parlament informiert wird.

Seit Aufhebung der Visapflicht 2009/2010 für die Westbalkanländer (außer Kosovo) hatte es wiederholt Beschwerden von EU-Staaten über steigende Asylbewerberzahlen vor allem aus Serbien und Mazedonien gegeben. Angesichts dessen hatten sechs Staaten, darunter Deutschland, von der EU verlangt, eine Notfallklausel zu vereinbaren, die eine Wiedereinführung der Visapflicht ermöglicht.

Ägypten

Gericht verbietet Muslimbruderschaft

Das Kairoer Gericht für Eilverfahren hat am 23.09.13 die Muslimbruderschaft in Ägypten verboten. Das Gericht untersagte der Bewegung jede Betätigung und konfiszierte ihr Vermögen einschließlich der Immobilien.

Unruhen erfassen Universitäten

Nach Angaben staatlicher Medien und Sicherheitskreise wurden am 29.09.13 mindestens 29 Menschen verletzt, als Anhänger und Gegner des gestürzten Präsidenten Mohammed Mursi in drei Hochschulen in Kairo und Städten im Nildelta aufeinander losgingen. Einige trugen Schusswaffen und Brandsätze bei sich.

Auswärtiges Amt relativiert Sicherheitshinweise

Das Auswärtige Amt rät nicht mehr grundsätzlich von Reisen nach Ägypten ab. Touristen sollten aber im ganzen Land, auch in den Badeorten am Roten Meer, besonders vorsichtig sein.

Tunesien

Neue Regierung angekündigt

Die tunesische Regierung will nach einer wochenlangen Krise zurücktreten. An ihre Stelle soll nach offiziellen Angaben vom 28.09.13 eine Übergangsregierung treten, deren wichtigste Aufgabe die Vorbereitung von Neuwahlen ist. Über die Zusammensetzung der neuen Führung werde die islamistische Ennahda in Kürze mit weltlichen Parteien verhandeln. Das Vorhaben der Regierung soll auf eine Initiative der mächtigen Gewerkschaft UGTT zurückgehen. Demnach erklärt sich die Ennahda zu dreiwöchigen Verhandlungen mit der Opposition bereit und will dann zugunsten einer Übergangsregierung zurücktreten. Die tunesische Regierungskrise war durch die Ermordung des Oppositionspolitikers Muhammad Brahmi am 25.07.13 ausgelöst worden. Die Opposition und zahlreiche Bürger machen dafür die Ennahda mitverantwortlich. Die Regierung beschuldigt dagegen radikale Salafisten. Die Opposition wirft der Ennahda auch Misswirtschaft und politisches Versagen vor. Ein weiteres Streitthema ist die Rolle des Islam im politischen und gesellschaftlichen Leben.

Sudan

Proteste nach Subventionsabbau

Die sudanesische Regierung hat infolge von Sparmaßnahmen mit Wirkung vom 23.09.13 die Benzin-Subventionen aufgehoben. Seitdem kommt es in der Hauptstadt Karthum und weiteren Städten zu schweren Unruhen. Bei den Ausschreitungen wurden nach Polizeiangaben bislang 29 Personen getötet, davon 21 in Karthum. Menschenrechtsgruppen erklärten, allein am 24. und 25.09.13 seien 50 Demonstranten durch Schüsse getötet worden. Nach Angaben des Innenministeriums wurden etwa 600 Menschen unter dem Vorwurf des Vandalismus festgenommen. Dies sind die größten sozialen Proteste in der Amtszeit von Präsident al-Bashir. Der Präsident sagte eine Reise zur UN-Vollversammlung nach New York ab, wo er bei der Generaldebatte sprechen wollte.

Mali

Anschlag im Norden Malis

Am 28.09.13 verübten Selbstmordattentäter in der Nähe einer Militärbasis in Timbuktu einen Anschlag. Die Attentäter und zwei Zivilisten sollen ums Leben gekommen und mehrere Soldaten verletzt worden sein. Bei dem Attentat handelte sich um den zweiten Anschlag auf Sicherheitskräfte in der Region, seit die Tuareg-Rebellen und arabischen Aufständischen am 26.09.13 ihre Beteiligung an den Friedensverhandlungen mit der malischen Regierung zurückgezogen haben.

Nigeria

Video von Boko-Haram-Anführer Abubakar Shekau

Ein am 25.09.13 veröffentlichtes Video soll Abubakar Shekau, Führer der Boko Haram, zeigen, der darin die Verantwortung für jüngste Anschläge im Bundesstaat Borno übernahm. Nigerias Militär hatte am 19.08.13 verlautet, Shekau womöglich zwischen dem 25.07. und 03.08.13 getötet zu haben. Jene Meldung konnte von unabhängiger Seite nicht bestätigt werden.

Tote bei Anschlag auf Landwirtschaftsschule

Bei einem der Boko Haram zugeschriebenen Angriff auf eine Fachhochschule für Landwirtschaft in Gujba im Bundesstaat Yobe wurden in der Nacht zum 29.09.13 nach unterschiedlichen Berichten bis zu etwa 50 Menschen getötet.

Liberia/Sierra Leone

Richter bestätigen 50 Jahre Haft für Charles Taylor

Das Sondertribunal für Sierra Leone hat im niederländischen Leidschendam bei Den Haag die 50-jährige Haftstrafe für den früheren liberianischen Staatschef Charles Taylor wegen Anstiftung und Beihilfe zu Kriegsverbrechen bestätigt. Der 65-Jährige wurde wegen Mitverantwortung für tausendfachen Mord, Folterungen und Vergewaltigungen verurteilt. Taylor hatte von 1998 bis 2001 die Rebellenbewegung RUF mit Waffen und logistischen Mitteln im Tausch für „Blutdiamanten“ ausgestattet. Die Revolutionary United Front war berüchtigt für eine Terrorkampagne im westafrikanischen Nachbarland Sierra Leone. Taylor, der seit seiner Festnahme 2006 stets seine Unschuld beteuert hatte, wird seine Strafe voraussichtlich in einem britischen Gefängnis verbüßen.

Indien

Mindestens elf Tote bei Angriff von Extremisten in Kaschmir

Bei einem Angriff mutmaßlicher Extremisten auf die Polizeistation Hiranagar im Distrikt Kathua im indisch verwalteten Teil Kaschmirs wurden am 26.09.13 vier Polizisten sowie zwei Zivilisten getötet. Im Anschluss daran griffen die Bewaffneten ein Armee-Camp in Samba an. Dabei sollen sechs Armeeinghörige getötet worden sein. Die indische Armee schickte Panzer in die Region. Zu den Angriffen bekannte sich gegenüber einer Lokalzeitung eine bisher unbekannte „Märtyrer-Brigade“.

Indien/Pakistan

Indien und Pakistan wollen Waffenstillstand besser sichern

Indien und Pakistan wollen eine bessere Einhaltung ihres Waffenstillstandsabkommens erreichen. Dies vereinbarten Pakistans Premier Nawaz Sharif und sein indischer Amtskollege Manmohan Singh am Rande der UN-Generaldebatte in New York am 29.09.13. Die beiden Atommächte hatten sich in der Vergangenheit immer wieder gegenseitig beschuldigt, das Abkommen aus dem Jahr 2003 zu verletzen. Umstritten ist vor allem die geteilte und mehrheitlich muslimische Region Kaschmir.